Redebeitrag und Stellungnahme der AL-Stadtratsfraktion zum
2. Nachtragshaushalt der Stadt Oppenheim
Montag, 15. September 2014
Raimund Darmstadt, Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrte Damen und Herren Ratskollegen,
sehr geehrter Herr Stadtbürgermeister,

ich möchte Ihnen zu Beginn meiner Ausführungen zwei bemerkenswerte Sätze aus dem Vorbericht zum zweiten Nachtragshaushalt der Stadt Oppenheim zitieren:
„Die Finanzlage der rheinland-pfälzischen Kommunen spitzt sich weiter zu. Die kommunalen Haushaltsnöte müssen in den anstehenden Neuverhandlungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen berücksichtigt werden und die Haushaltsdisziplin ist, da sind sich Finanzexperten einig, über eine wirksame Schuldenbremse weiter zu erhöhen."

Hehre Worte und gute Vorsätze sicherlich, allein mir fehlt der Glaube.
Man darf gespannt sein, welche Initiativen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Wirtschaftsausschusses zur Verbesserung der Finanzsituation der Städte und Gemeinden noch auf den Weg bringen werden. Die mangelhafte Finanzausstattung der Kommunen, der ungleichgewichtige kommunale Anteil am Gesamtsteueraufkommen - das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite aber ist die hausgemachte und stets neue Ausgabenerhöhungen produzierende Sorglosigkeit der vom Bürgermeister und seiner großen Koalition zu verantwortenden städtischen Haushaltspolitik.
Mit dem, was uns heute auf den Tisch kommt, erleben wir die Fortsetzung einer Finanzpolitik nach dem Motto „Arm - aber gut gelaunt in allen Medien".
Was uns mit diesem Nachtragshaushalt präsentiert wird, gleicht einem finanziellen Offenbarungseid. Warum muss man diese Schlüsse ziehen?

Zu Beginn des Haushaltsjahres 2014 beliefen sich die Schulden aus den städtischen Investitionskrediten noch auf 6,4 Mio. €. Mit der jetzt begehrten zusätzlichen Darlehensermächtigung i. H. v. rund 3,8 Mio. € wird die Summe der realen Kreditverschuldung in eine Höhe von über 10 Mio. € getrieben. Ich will zunächst nicht über den um 83.000 € gestiegenen Fehlbedarf von mittlerweile 1,8 Mio. € im Ergebnishaushalt gegenüber dem bisherigen Haushaltsentwurf reden. Darauf komme ich später zurück.

Alarmierend für die Öffentlichkeit und die Stadträte ist vor allem die Tatsache, dass mit den sogenannten Liquiditätskrediten der VG-Kasse die Summe aller Verbindlichkeiten auf nunmehr satte und unglaubliche 24 Mio. € steigen wird.
Sie haben richtig gehört, das ist die offizielle Prognose.
Liquiditätskredite sind jene Summen, mit denen die Stadt durch das zinsgünstige Überziehen ihrer Konten bei der VG Rhein-Selz in der Kreide steht. Im HH-Entwurf 2014 waren das noch 12 Mio. €. Bis zum Ende des Jahres wird dieser Betrag auf 13,7 Mio. explodiert sein, obwohl die „Hochzeitsprämie" von 500.000 € aus der Zwangsfusion der beiden Verbandsgemeinden bereits in den Stadtsäckel eingeflossen und verrechnet ist.

Bei 10 Mio. € an effektiven Darlehensschulden plus 13,7 Mio. € an Kassenkrediten ergibt das eine Gesamtverschuldung von knapp 24 Mio. €. Jeder Bürger der Stadt ist damit rein rechnerisch mit rund 3.300 € verschuldet. Die Eigenkapitalquote von gerade mal noch 30,6 % wird sich in drei Jahren mehr als halbieren und auf einen jämmerlichen Restwert von 13 % absinken. Möglicherweise müssen Sie dann unsere städtischen Straßen verkaufen und die Bürger sollen zu den Parkgebühren noch eine zusätzliche Maut entrichten. Ich melde deshalb vorsorglich schon mal den Ankauf von 10 m² Merianstraße vor dem Rathaus an und garantiere allen Mitbürgern einen mautfreien Zugang, wenn sie dieses Haus dann überhaupt noch betreten wollen.

Aber was nutzt der Galgenhumor bei derart düsteren Aussichten?
Sie stehen heute mit einem Schuldendebakel vor dem Stadtrat und versuchen, das als notwendige Hypothek für eine rosige Zukunft mit blühenden Wohn- und Gewerbelandschaften zu verkaufen - eine Vision mit ungewissem Ausgang.
Die Berliner Schwüre auf eine Finanzpolitik der „Schwarzen Null“, für die Große Koalition in Oppenheim scheint das kein erstrebenswertes Modell zu sein. Die „Schwarze Null“, Herr Krethe, ist übrigens kein koalitionsinternes Berliner Schimpfwort aus der Mautdebatte. Gemeint ist, dass keine Neuverschuldung vorgenommen und der Haushalt ausgeglichen werden soll.
In Oppenheim und insbesondere für die CDU ist das offenbar kein Thema mehr, meine Damen und Herren.

4,9 Mio. € sind bisher insgesamt als Vorfinanzierung für die drei Krämereck-Abschnitte angesetzt. Davon sollen heute alleine 3,8 Mio. € für weitere Grundstücksankäufe und andere Investitionen getätigt werden. Zusätzliche Erschließungskosten werden folgen.
Wofür genau sind eigentlich die gewünschten Kredite im Einzelnen vorgesehen?
Mein beharrliches Nachfragen wurde schon im Hauptausschuss als lästig empfunden und konnte von der Stadtspitze nicht schlüssig beantwortet werden. Eine detaillierte Aufstellung über die bisher getätigten und noch gewünschten Ausgaben aus diesem Kreditvolumen haben Sie bislang nicht vorgelegt.

- **Wie viele und welche Grundstücke sind denn bereits gekauft worden?**
- **Welche Grundstücke haben Sie im Zuge einer Eilentscheidung mit den Beigeordneten und ohne Stadtratsvotum eingekauft?**
- **Wie viele Eilentscheidungen wurden zu diesem Haushaltskomplex bereits getroffen?**
- **Zu welchen Preisen wurde bereits gekauft und welche Grundstücke sollen noch zu welchen Preisen erworben werden?**
- **Welche Gebühren und eventuellen Maklerprovisionen wurden gezahlt oder sollen noch gezahlt werden?**
- **Gibt es eine Gesamtsumme?**
- **Wie hoch ist der Prozentsatz dieser Gebühren in Bezug auf die Kaufsumme?**
- **Sind mehrere Maklerbüros involviert oder sind die Vermittlungstransaktionen monopolisiert?**
- **Warum kauft die Stadt bzw. die zuständige Abteilung der Verbandsgemeinde eigentlich nicht selbst und ohne Provisionszusatzkosten?**

Die Problematik von Maklerprovisionen ist doch in jüngster Zeit zu Recht in den Fokus einschlägiger Gerichtsentscheidungen gerückt worden.
Eine Fülle ungeklärter Fragen also, für die sich neben den Räten auch die Kommunalaufsicht interessieren könnte.

Ich komme an dieser Stelle exemplarisch auf einige Kostensteigerungen in den Einzelpositionen des Nachtragshaushaltes zurück:

Die Selbstbedienung der GroKo mit Beauftragtenposten und erhöhten Sitzungsgeldern wird den Steuerzahlern ab sofort mit zusätzlichen 6.300.- € in Rechnung gestellt, pro Halbjahr versteht sich (S.40). Für 2015 sind dafür bereits 10.800.- € veranschlagt (S. 9). Insgesamt ist derzeit eine Jahressumme von 73.000.- € an Aufwandsentschädigungen für den Bürgermeister, die drei Beigeordneten und die zusätzlichen drei Beauftragten fällig. Mit den Sitzungsgeldern sind es sogar 82.000.- €. Eine zusätzliche Personalkostenerstattung von 2.700.- € unter der Haushaltsstelle 525590 auf
S. 42 des Nachtragsplanes ist für den Bürgermeister vorgesehen und konnte bisher nicht näher erläutert werden. Die Repräsentationsmittel steigen auf stolze 18.500.- € (S. 41). Auch die Steigerung von Beschäftigtenzulagen um 39.050.- € konnte nicht erklärt werden (S. 44). Die Unterhaltung der Außenanlagen der Landskron-Arena verdoppelt sich auf 6.000.- € (S. 81). Die Parkraumbewirtschaftung am Strandbad soll fiktive 5.000.- € erbringen (S. 85). Sind dort eigentlich schon nennenswerte Einnahmen verzeichnet worden? Ungeklärt sind die Erhöhungen der Ansätze für die Unterhaltung aller Außenanlagen um 60.000.- auf 81.700.- €, für die Gebäudebewirtschaftung um 45.000.- auf 101.950.- € und für die Straßenunterhaltung um 100.000.- auf nunmehr 265.300.- € (S. 86). Die Aufwendungen für ein Standortgutachten im Krämereck erhöhen sich um 36.000.- auf 48.000.- € (S. 87). Die Unterhaltung des Kellerlabyrinths ist mit Steigerungen von 60.000.- und des Amtsgerichtskellers mit 45.000.- € angesetzt, in der Summe Erhöhungen um 100.000.- € (S. 92), die nicht erläutert werden konnten. Zusätzliche Ingenieurleistungen für 11.400.- € auf Seite 93 bleiben ungeklärt. Beim Straßenausbau beispielsweise im Kreuzungsbereich der Turmstraße/Fischergasse wird eine Verdoppelung um 100.000.- auf jetzt 200.000.- € in Ansatz gebracht (S. 98). Die Kosten für die Ausrichtung des Rheinradelns, der Mini-WM und des Mittelaltermarktes können durch die eingegangenen Sponsoringgelder offenbar nicht mehr gedeckt werden. Der Mittelaltermarkt wird deshalb mit 8.700.-, die Mini-WM mit 3.700.- und das Rheinradeln mit 4.300.- € subventioniert (S. 112), in der Summe städtische Zusatzkosten von 16.700.- €. Die Bewirtschaftungskosten der Emondshalle steigen um unerklärliche 24.000.- €, die Gesamtkosten für Ver- und Entsorgung incl. Landskronhalle auf 55.000.- € (S.115). Die Unterhaltungskosten der WC-Container verdreifachen sich und steigen auf fast 12.000.- € (S. 117). Die Aufstockung der Kindertagesstätte Herrnweiher verschlingt Mehrkosten von 30.000.- € (S. 11).

Es sind solche wirklich nicht unerhebliche Ausgabenerhöhungen, welche die städtische Verschuldung in die Höhe treiben. Und es war nur ein Ausschnitt dessen, was sich in der Gesamtheit hinter diesem Nachtragshaushalt verbirgt. Es macht wirklich keinen Spaß, dieses Geflecht an Kostensteigerungen hier im Einzelnen auszubreiten, das können Sie mir glauben, obwohl es aus Gründen der Transparenz natürlich bitter nötig ist.

Werte Ratskolleginnen und Ratskollegen,

gestatten Sie mir am Schluss meiner Ausführungen noch eine Frage an die vielen neuen Mitglieder des Stadtrates.
Haben Sie wirklich realisiert, was Sie da beschließen sollen und können Sie dem ruhigen Gewissens zustimmen? Möchten Sie diesem Zahlenwerk der Rekordverschuldung bedenkenlos folgen?
Die AL jedenfalls ist nicht bereit, Hypotheken dieser Größenordnung und Wetten auf die Zukunft mit ungewissem Ausgang mitzutragen. Das muss die SPD-Fraktion und die sich wegen ein paar Pöstchen unnötigerweise in Gefolgstreue ergebene CDU-Fraktion schon selbst verantworten.

Wir sind sehr besorgt über das, was Sie heute Abend an neuen finanziellen Bürden auf den Weg bringen wollen.
Unser Plazet dürfen Sie dafür nicht erwarten.
Vielen Dank für Ihr Verständnis und Ihre Aufmerksamkeit.